

Privatisierung und soziale Kontrolle öffentlicher Räume in „sicheren Städten“

Alexander HAMEDINGER

(TU Wien, Department Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Soziologie, Karlsplatz 13, 1040 Wien, alexander.hamedinger@tuwien.ac.at)

1 EINLEITUNG

„Amerikanische Verhältnisse“ sind wohl das, was jeder Kommunalpolitiker seiner Stadt am wenigsten wünscht. Auch wenn nicht immer deutlich wird, was damit gemeint ist, so werden darunter doch häufig hohe Kriminalitätsraten, Angst machende Zuwanderer, „not-to-go-areas“, Ghetto- und Slumbildung und das Verschwinden des öffentlichen Raumes verstanden. Die „Unregierbarkeit der Städte“ – die der SPD-Politiker Hans Ulrich Klose (1975, 1989) bereits zweimal für deutsche Verhältnisse konstatiert hatte – scheint für amerikanische Städte jedoch vorüber zu sein. Man spricht in den USA von einem ‚metropolitan revival‘. In die ehemaligen ‚blights‘ der Innenstädte kehren Investitionen, Kaufkraft und gut situierte Bewohner zurück.

Saubere Innenstädte, nette Flaniermeilen, Kultur-Events, Erlebnis-Restaurants, Urban Entertainment Centres und Cineplexse können als Teil einer rigiden Ausgrenzungspolitik gegenüber allem, was den Vorstellungen der aufstrebenden städtischen Dienstleistungsklasse nicht entspricht (vgl. Werheim 1999), betrachtet werden. Ein wichtiges diskursives Element dieser Strategie besteht darin, die wachsende Armutsbevölkerung nicht nur zu diskreditieren, sondern sie als Schuldige ihrer eigenen sozialen Situation einzuordnen. Die „Kultur der Armut“, also die Einstellung und die Verhaltensweisen der Armutsbevölkerung, stelle sie außerhalb der gesellschaftlich akzeptierten Normen: Arbeitsunwilligkeit, das sich Arrangieren mit den Leistungen des Sozialstaates, Geburt unehelicher Kinder, Drogenmissbrauch und Neigung zur Kriminalität. Wichtig wurde es in „gute“ und „schlechte“ Armen zu teilen, indem die „wirklich Bedürftigen“ definiert werden, für welche die Sozialstaatlichkeit weiterhin Gültigkeit hat, denn der Wohlfahrtsstaat (selbst der schlanke amerikanische) ist außer finanziellen Atem geraten. Er wandelte sich daher in Amerika zum „strafenden Staat“, indem er die Folgen des eigenen Handelns kriminalisiert (vgl. Wacquant 1997).

Die ‚zero tolerance‘-Strategie – etwa auch in der BRD gefeiert und kopiert – beinhaltet das Einschreiten der Polizei bei Bagatelldelikten (die früher im Rahmen sozialer Kontrolle zwischen Menschen geregelt wurden), Razzien und Aktionismus sowie die Vertreibung nicht genehmer sozialer Gruppen aus dem öffentlichen Raum (zum Begriff „soziale Kontrolle“ vgl. Peters 2000). Wichtiger Baustein war der „Krieg gegen die Drogen“, der sich als Krieg gegen farbige Dealer und Besitzer von Drogen herausstellte. Zusätzlich wurde die Justiz zunehmend unter die Zielsetzung von Strafe und Sühne gestellt, beispielsweise durch das ‚Three strikes and your’re out‘-Prinzip, was beinhaltet, dass nach dem dritten Vergehen der gleichen Art (auch Schwarzfahren, Übertreten der nächtlichen Ausgangssperre o.ä.) eine lebenslange Haftstrafe verordnet werden kann, und durch die Fixierung von Haftstrafen – ohne dass in einer Verhandlung die Umstände der Tat abgewogen werden können.

Gerade die ‚Zero tolerance‘-Strategien haben zu einer „Säuberung“ des öffentlichen Raumes und zu einer Kriminalisierung insbesondere der Schwarzen im Alter von unter 30 Jahren geführt⁷⁸. „In Städten wie Los Angeles zeigt sich das hässliche Gesicht der Postmoderne und verschmelzen Stadtplanung, Architektur und Polizeiapparat wie noch nie zuvor tendenziell zu einer einzigen umfassenden Sicherheitsmobilisierung“ (Davis 1995: 260) – der Geograph Neil Smith (1996) spricht über Polizeimaßnahmen zur „Säuberung des öffentlichen Raumes“ im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Gentrifizierung attraktiver innenstadtnaher Standorte von einer „revanchistischen Stadt“. Ursache der Zuspitzung der sozialen Konflikte ist die Zunahme der Erosion der Einstellungen und Verhaltensweisen der bürgerlich weißen Mittelschicht in den Stadtteilen mit hohen Konzentrationen sozialer Problematik. Die räumliche Konzentration von arm und reich erleichtert die Strategien der kommunalen Kriminalprävention („community policing“ resp. „problem-oriented policing“), bei der die staatliche Polizei durch private Sicherheitsdienste und „aufmerksame Bürger“ unterstützt werden (vgl. Lehne 1998).

Neben der Säuberung der Innenstädte gehört das ‚Urban Empowerment Zones‘-Programm zum Repertoire gegenwärtiger amerikanischer Stadtpolitik. Dieses Programm soll dem ‚empowerment‘ von BewohnerInnen von extremen Armutsquartieren dienen – de facto bringt es jedoch weder die Armen aus ihrer prekären ökonomischen und sozialen Situation, noch wird der Abstand zu den Mittelschicht-Quartieren verringert (Heinrich 1998). Marcuse (1997) spricht von einer ‚acceptance of the permanence of the ghettos‘.

Doch auch die deutschen Städte können hier mithalten. Nahezu in jeder deutschen Großstadt wurde eine Diskussion um die „Säuberung“ des innenstadtnahen öffentlichen Raumes geführt und im Zuge einer populistischen Debatte meist zu Gunsten des ungetrübten Einkaufserlebnisses, des Umsatzes des Einzelhandels, des Investments in neue, postmoderne Gebäude oder der Bühnen der Lebensstilisierung der neuen aufstrebenden Dienstleistungsklasse geführt (vgl. Dangschat 1997). Auch in deutschen Städten werden Stadtlandschaften oder öffentliche Räume verstärkt gemanagt, separiert und kontrolliert. Die Innenministerkonferenz hat – zurückgehend auf einen Vorschlag des damaligen Innenministers M. Kanther – am 2.2.1998 für alle Länder die Etablierung eines „Sicherheitsnetzes“ für die Cities der Großstädte beschlossen, welches auf das „gestörte Sicherheitsempfinden“ in der Bevölkerung reagiere. „Kernpunkt der Arbeit ist eine entschlossene Verfolgung aller Delikte einschließlich solcher der Alltagskriminalität, die die Bürger besonders bedrücken (z.B. Sachbeschädigung, Schmierereien, Randalie in Verkehrsmitteln etc.)“ (Diemer 1999: 30).

Die Instrumentalisierung des Sicherheitsdiskurses bestimmt inzwischen etwa in vielen deutschen Städten die offiziellen Vorstellungen sozialer Integration. Überwiegend geschieht dieses als ein sich demokratisch legitimierender sozialer Schließungsprozess einer bestimmten, bürgerlichen sozialen Gruppe gegen alles Fremde (Migranten, Bettler, Punks und andere anti-

⁷⁸ Der Kriminologe Christian Pfeiffer: „Ohne dass die Kriminalität wesentlich angestiegen ist, wurde (in den USA, die Autoren) die Zahl der Gefängniszellen seit 1982 von 400.000 auf 1,6 Millionen vervierfacht. Gegenwärtig sitzen in den USA 1,7 Millionen Menschen in überfüllten Strafanstalten; das sind pro 100.000 Einwohner 650; in Europa sind es zwischen 50 und 100“, aus Körper-Stiftung (Hrsg.), *Wachsende Ungleichheiten – neue Spaltungen?*, Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll 112, S.60

bürgerliche Lebensstile). Die Zahl der Bettlervorordnungen, Erlasse (die Obdachlose aus den öffentlichen Räumen verschwinden lassen sollen) und der Einsätze von Sondergruppen (die vehement gegen Jugendgruppen oder gegen die Drogenszene vorgehen sollen) nehmen allerorten zu. „In zahlreichen Städten ist Sicherheit zum neuen Dispositiv eines Konsenses der städtischen Mittelschicht geworden: Frankfurt, Düsseldorf, Wiesbaden, Darmstadt, Freiburg, München und viele andere mehr“ (Noller 1999: 164). Vor allem farbige Ausländer erscheinen dabei als zentrale Sicherheitsbedrohung, wobei sie immer wieder als Tatverdächtige gehalten müssen⁷⁹. Auf diese Weise werden die neuen Sicherheitsvorkehrungen durch die Herausbildung neuer Feindbilder legitimiert.

In dem vorliegenden Artikel werden diese Phänomene jedoch nur knapp beschrieben (vgl. dazu Dangschat 1995, Eick 1998, Keil & Ronneberger 1995). Die Kriminalisierung sozialer Gruppen und die „Säuberung“ des öffentlichen Raumes werden in diesem Beitrag einerseits als Motor, andererseits als spezifische Erscheinungsform eines forcierten Modernisierungsprozesses angesehen. Der restrukturierte innerstädtische Raum wird ebenso wie der Diskurs über den „Sicherheitsstaat“ und die „bedrohte innere Sicherheit“ als eine interessengeleitete soziale Konstruktion verstanden, die wiederum auf eine spezifische, im Wandel befindliche Gesellschaftsformation (sog. Postfordismus) zurückzuführen ist.

Ein Teil dieser Gesellschaftsformation umfasst das Verhältnis zwischen Staat und Bürger und das Verhältnis zwischen „Privatheit“ und „Öffentlichkeit“. Es sind überwiegend neo-liberale Wirtschaftsideologien, die aus der Globalisierung abgeleitete Sachzwang-Logik, die These der Individualisierung sozialer Beziehungen und von Biographien sowie die Kommerzialisierung und Privatisierung des öffentlichen Raumes, welche als neue Linie gesellschaftlicher (Des-)Integration die gesellschaftlichen Verhältnisse prägen sollen, wobei sich über das „Herstellen von Sicherheit“ eine neue institutionelle Kontrolle des öffentlichen Raumes abzeichnet.

2 DAS VERÄNDERTE VERHÄLTNISS VON „PRIVATHEIT“ UND „ÖFFENTLICHKEIT“ - FLEXIBILISIERTE REGULATION IM „NEUEN SICHERHEITSSTAAT“

Das „goldene Zeitalter des Fordismus“, das durch eine tayloristisch organisierte Massenproduktion und eine über die Sicherungen des Wohlfahrtsstaates abgestützte Massenkonsumtion gekennzeichnet war, ist einem grundlegenden Wandel unterworfen („Post-Fordismus“, vgl. Amin 1994). Der Fordismus war eine räumlich und zeitlich in spezifischer Weise geprägte Gesellschaftsformation, die ein bestimmtes makroökonomisches Design und eine dieser entsprechende Form der Integration der Staatsbürger in die Gesellschaft und lokale Gemeinschaft zugrunde lag. Diese umfasst vor allem bestimmte kollektiv geteilte Werte, Normen und Institutionen (vgl. Lipietz 1998). Über die zentrale Regulierungsinstanz „Staat“ und seine Apparate wurden einerseits das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat, das Verhältnis von Öffentlichkeit zu Privatheit, und andererseits auftretende soziale Konflikte und politische Opposition über den sozialen Konsens geregelt (beispielsweise die Einbindung der Arbeiterschaft in die Sozialpartnerschaft). Der Staat war sowohl Sicherheitsstaat (als Überwachungsstaat) mit einer ausufernden Bürokratie, als auch Wohlfahrtsstaat, der die Vermeidung sozialer Risiken zu einem öffentlichen Anliegen machte (Hirsch 1996).

Mit der Krise des Fordismus, die in vielen Ländern Anfang der 70er Jahre einsetzte, sind Veränderungen auf und zwischen allen staatlichen Ebenen (lokal, regional, national) festzustellen, wobei allerdings vor allem der nationale Wohlfahrtsstaat als früherer Garant für Sicherheit in Richtung eines „nationalen Wettbewerbsstaates“ restrukturiert wird. Eine neue Qualität von Staatlichkeit setzt sich hierbei durch, die vor allem eine aktive Umsetzung von Standortpolitik zum Ziel hat. Bestehende Ordnungsvorstellungen und die Wahrnehmung der Entwicklung von Gesellschaft, die in der (fordistischen) Regulationsweise subsumiert wurden, werden immer fragwürdiger. „Der Übergang vom fordistischen Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat, vom Modell Deutschland zur Deutschland GmbH, vollzieht sich in einem komplexen Verhältnis von Kontinuitäten und Brüchen“ (Hirsch 1996: 116). Ein wichtiges Element des zunehmend international geführten Wettbewerbes ist das gemeinsame Interesse der Gebietskörperschaften und der Investoren an einer zunehmenden Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten.

Die Restrukturierung des Staates, die sich auch in einem politisch inszenierten Sicherheitsdiskurs, in der Konstruktion von Feindbildern und der Verdrängung von Marginalisierten als Elemente einer sich verändernden Regulationsweise sozialer Probleme zeigt, setzt Mittel zur Kontrolle sozialer Konflikte voraus, die immer mehr autoritär und ausgrenzend sind und neue ideologische Werte produzieren, um so den Zusammenhalt der Konsum- und letztendlich Kontrollgesellschaft zu sichern. Der Zusammenhang zwischen Sozialer Ungleichheit, Marginalisierung und Kriminalität wird dabei ideologisch benutzt.

Ein weiterer Ausdruck veränderter Staatlichkeit sind zunehmende und intensiviertere Privatisierungsprozesse. „Privatisierung“ verweist auf die Grundfeste der bürgerlichen Gesellschaft, die sich im Besitz von Privateigentum ausdrückt und im Kapitalismus seine ökonomische Form gefunden hat. Die Sozial- und Systemintegration der Bürger wird in zunehmender Weise ideologisiert, um Privatisierungsstrategien in nahezu allen lebensweltlichen Sphären durchzusetzen. Der schrittweise Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortlichkeit führt auch zu einer Privatisierung sozialer Gefährdungen. In der Tat, muss jeder Mensch mehr denn je selbst darauf achten, dass er sich gegen die Risiken und Gefahren des Lebens absichert (vgl. Butterwegge, Hickel & Ptak 1998: 102).

Der Begriff „öffentlich“ wird in diesem diskursiven Prozess im Gegensatz zu „privat“ negativ bewertet, da „öffentlich“ zumeist mit „staatlich-zentralistisch“ und seit Beginn der 70er Jahre mit „defizitär“ und „defizient“ gleichgesetzt wird. Die Idee des urbanen öffentlichen Raumes wird zwar positiv als egalitärer physischer und geistiger Raum für alle reflektiert (Demirovic 1992), der postmoderne Diskurs des ‚anything goes‘ legitimiert jedoch auch die Privatisierung und Ästhetisierung des Raumes (s.u.). Da der öffentliche Raum eine politische und soziale Konstruktion von Machtverhältnissen darstellt, werden immer mehr Privatisierungen durchgesetzt, welche sozial ausgrenzend wirken und auf diese Weise die Urbanität nicht wiederherstellen, sondern verhindern (Feldtkeller 1994).

⁷⁹ In diesem Zusammenhang ist die semantische Konstruktion der Ausländer- resp. Jugendkriminalität von Bedeutung, weil sie den unter dieser Überschrift angezeigten Verhaltensweisen einen gemeinsamen Ursachenfaktor unterstellt und zugleich ein nicht überwindbares Zuweisungs- und Diskriminierungsmerkmal schafft.

Im Rahmen der Restrukturierung des lokalen Staates kommt es vielerorts zu einer Veränderung und Privatisierung des öffentlichen Raumes. Um an Attraktivität für internationales Kapital (Investitionen in Bürogebäude, Entertainment-Center, Hotels und Einkaufspassagen etc.) zu gewinnen, geht es den Stadtverwaltungen immer mehr darum, das "Gesicht" ihrer Stadt im Sinne einer neuen, flexiblen Kapitalakkumulation zu verändern (vgl. Krätke 1990), wobei die Idee der "Sichtbarkeit" und die Bedeutung der Oberfläche vor allem in der Architektur und Städtebau-Debatte innerhalb der Postmoderne hervorgehoben wird (Harvey 1990). In diesem Zusammenhang geht es um die Definition der Signifikation des öffentlichen Raumes und damit um

- die Frage der Hegemonie im Raum (vor allem als kulturelle Hegemonie), die sich
- geistig (als Repräsentation einer bestimmten normativen Ordnungsvorstellung) und
- physisch (als Inbesitznahme von Orten)

ausdrückt (vgl. Zukin 1995).

Öffentliche Räume werden zu privatisierten Konsumräumen und werden als solche von einer Architektur dominiert, die diese Veränderungen aufgrund ihres prägnanten Einsatzes von expressiven Stilmitteln und Ornamenten als Mittel der Lebensstilisierung symbolisiert. Hauptverwaltungen, Banken und Versicherung bedienten sich etwa auch postmoderner Architektur und ihrer Zeichensprache, da gleichzeitig über den Einsatz von "bodenständigen Materialien" (wie Stein oder Marmor) Sicherheit oder Vertrauenswürdigkeit symbolisiert wird und über die Möglichkeit der "Plünderung" der Geschichte und des Zitieren von alten Baustilen (Säulenhallen, Portale) Dominanz, Erhabenheit und Stärke vermittelt werden kann.

Dass Städtebau und Architektur auch psychische Barrieren aufbauen kann, wird von vielen Architekten nicht gesehen oder verdrängt, von Investoren oder Developern jedoch angestrebt. Es wird dazu auf der einen Seite ein individualistisches Design und teure Materialien verwendet, auf der anderen Seite wird Sicherheitstechnik eingebaut sowie ausgeklügelte Zuwegungen durch Schranken, Zäune oder trennende Wände errichtet. Das Innere der Gebäude wird meist von der "feindlichen und bedrohlichen" Außenwelt durch hohe Mauern oder kalte Fassaden (verspiegeltes Glas) abgetrennt. Soziale Exklusion erfolgt hier ganz ausdrücklich mit ästhetischen Mitteln.

Mit der Tertiärisierung der Stadt und der immer räumlich weiteren Dominanz von Konsumkulturen verändert sich die ästhetische Ausstattung öffentlicher Räume. „Ästhetisierung soll heißen, dass in kommerziellen und öffentlichen Räumen der Städte das Schöne und Gestylte vordringt, hyperästhetische Erlebnis- und Unterhaltungsräume entstehen und soziale Beziehungen über Formen ästhetischer Selbstdarstellung und die Inszenierung der Lebensstile wahrgenommen werden" (Noller 1999: 135).

3 VOM "VERLÄNGERTEN ARM" ZUM MANAGEMENT DER SOZIALEN KONFLIKTE: DIE TRANSFORMATION DES "LOKALEN STAATES"

Seit den 70er Jahren sind ökonomische und soziale Restrukturierungsprozesse vor allem in den großen Städten zu beobachten, welche sich überwiegend darin manifestieren, dass Privatisierungen von ehemals öffentlichen Institutionen und Betrieben durchgeführt und Deregulierungsmaßnahmen in ehemals geschützten Reproduktionsbereichen wie dem Arbeits- und Wohnungsmarkt eingeleitet werden. Damit zusammenhängend verändern sich sowohl die strategische Bedeutung der Stadt, als auch das Selbstverständnis des administrativ-politischen Apparates: „Städte können als konkurrierende Einheiten innerhalb der wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik begriffen werden, die sich unter Konkurrenzdruck zunehmend wie privatwirtschaftliche Unternehmen verhalten. Der "lokale" Staat wird heute nicht mehr nur ressortgebunden verwaltet, vielmehr sollen Wachstums- und Umstrukturierungsprozesse von der Stadtverwaltung und -politik aktiv initiiert werden" (Krätke 1995: 246).

Zentraler Anknüpfungspunkt ist die Idee der Anwendung „unternehmerischer“ Strategien innerhalb des politisch-administrativen Systems. Dies wird mit den Begriffen ‚urban management‘, ‚entrepreneurial city‘ und ‚urban governance‘ (vgl. Jessop 1994) umschrieben. Der "lokale Staat" ist demnach wie ein Unternehmen zu führen, wobei mit Konzepten des ‚city marketing‘ gearbeitet wird und die öffentliche Verwaltung Managementfähigkeiten entwickeln soll, damit sie flexibler und effektiver auf die wechselnden Anforderungen einer globalisierten Ökonomie reagieren kann. Vor allem der momentan vielfach diskutierte Begriff „Governance“ beinhaltet eine grundlegende Veränderung des Staatsverständnisses. Im Übergang von „government“ zu „governance“ wird die Rolle des Staates in Bezug auf die Steuerung gesellschaftlicher und räumlicher Entwicklung sowie in Bezug auf die Koordination politischer Entscheidungsprozesse neudefiniert (Pierre 2000, Benz 2004). Zunehmende vertikale und horizontale Integration des Politikmachens, Öffnung des politisch-administrativen Systems für Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, sowie das Regieren über Netzwerke sind zentrale, allgemeine Kennzeichen dieses neuen Staatsverständnisses.

Dabei sind folgende Elemente einer Umstrukturierung des "lokalen Staates" auszumachen:

- Der "lokale Staat" als ursprünglich wichtigster Ort der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des kollektiven Konsums (Castells 1978) ändert seine Strategien: Er lagert einige Dienstleistungen aus, er dereguliert den Bereich des kollektiven Konsums und er entwickelt flexiblere Formen der Bereitstellung öffentlicher Güter (wie Gesundheit, Bildung, Umwelt und Sicherheit). Diese Umstrukturierungen innerhalb des "lokalen Staates" dienen wiederum der Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit und der Anziehung von internationalem Konsum- und Finanzkapital. Die alten korporatistischen Kommunikationssysteme (überbürokratisiert, zentralistisch, ‚top-down‘) zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Bürgern verwandeln sich in eine Anbieter-Nachfrager- oder Unternehmer-Kunden-Beziehung, wobei auf mehreren Ebenen und in vielfältigeren Gremien verhandelt wird (Mayer 1996). „Der Prozess der ‚Entbehördlichung‘ und ‚Verbetrieblichung‘ der Kommunalverwaltung wird ... im Zusammenhang damit gesehen, dass kommunal zu erbringende Leistungen zu Produkten und Bürger zu Kunden werden" (Heinelt & Mayer 1997: 18). Festzustellen ist eine Institutionalisierung neuer Verhandlungs- und Entscheidungssysteme, wobei verschiedene Kooperationsformen mit dem privaten Sektor an Bedeutung gewinnen und mehr private Akteure in die deutlich pluralistischeren und horizontalen Entscheidungsprozesse eingebunden sind.

- Die „'unternehmerisch' konzipierte regionale Standortpolitik und Wirtschaftsförderung stützt sich bevorzugt auf neue, para-staatliche Organisationsformen: immer häufiger wird lokale und regionale Politik mittels privatrechtlich organisierter Gesellschaften und Entwicklungsträger betrieben“ (Krätke 1995: 246). Solche Entwicklungsträger, die vor allem in der Stadtplanung aufzufinden sind, sollen das lokale Wachstums- und Entwicklungspotential über die enge Kooperation zwischen „lokalem Staat“ und regionaler Ökonomie fördern sowie den Standort an sich für Anlage von internationalem Kapital attraktiver machen (public-private partnerships). Dies können stadteigene GmbHs, städtische Beteiligungen an privaten Firmen sein, eine Verflechtung über Vorstände und Aufsichtsräte oder aber sich auf eine projektbezogene Zusammenarbeit beschränken. Aber auch die vermehrte Einbeziehung von immer mehr privaten Akteuren in den Entscheidungsprozeß (etwa über Bürgerbeteiligungsverfahren) ist Bestandteil des Regulationsmodus, mit Hilfe dessen die Legitimationskrise des lokalen Staates bekämpft werden soll (Hamedinger 1999).

- In ihrer Konkurrenz um die Ansiedlung von Verwaltung und Direktionszentralen von Großunternehmen fühlen sich die Städte gezwungen, Infrastrukturen und Flächen bereitzustellen sowie „weiche Standortfaktoren“ (etwa kulturelle Ereignisse, Events, Festivals) zu entwickeln (Häußermann & Siebel 1987: 124). Kulturpolitik als zentraler Standortfaktor wird somit als neuer Motor für die Stabilisierung der lokalen Ökonomie und für die Schaffung von neuen Images genutzt. In diesem Rahmen müssen für die Selbstdarstellung dieser Großunternehmen (und ihrem Management) „repräsentative Lagen“ innerhalb der Stadt mit entsprechender städtebaulicher und architektonischer Gestaltung hergerichtet werden.

- Die initiierten Deregulierungs- und Flexibilisierungsbemühungen sind mit zunehmender sozialer Polarisierung und einer weiteren, tieferen Spaltung der städtischen Gesellschaft verbunden. Vor allem die Deregulierung des Arbeits- und Wohnungsmarktes führt zu einer von Polarisierung gekennzeichneten Beschäftigungsstruktur und zu einer verstärkten räumlichen Konzentration von Armut. Die Produktion von Räumen, in welche Arme und von der städtischen Gesellschaft marginalisierte abgeschoben werden, folgt einer Modernisierungslogik, die Armut und staatliche Restrukturierungen wie die Privatisierung von Sicherheit in einen Zusammenhang bringt. „Soweit diese Verschränkung von Sicherheit und Sauberkeit mit der räumlichen Konzentration von Armen in der Öffentlichkeit und in öffentlichen Räumen einhergeht, werden diese in Berlin (und anderen deutschen Großstädten, die Autoren) ordnungspolitischer Gegenstand und Ziel repressiver Aktivität“ (Eick 1998: 96). Privatisierungen öffentlicher Güter wie Sicherheit werden durchgeführt, indem der „lokale Staat“ auf sein Gewaltmonopol verzichtet (verzichten muss) und vermehrt private Sicherheitstruppen einsetzen lässt, um die Ordnung und Sauberkeit der Straßen zu gewährleisten. Die Privatisierungsstrategien von Stadt und Gesellschaft umfasst die Privatisierung öffentlicher Sicherheit, was sich dann in der Privatisierung öffentlicher Räume widerspiegelt.

Bei der Transformation des „lokalen Staates“ handelt es sich also nicht um eine stärkere Demokratisierung im Sinne der Herstellung von mehr Öffentlichkeit im politischen und planerischen Entscheidungsprozeß, sondern die Strategie der Privatisierung dient der Durchsetzung der Interessen einer lokalen Wachstumskoalition. Die Reproduktion lokaler Machtkoalitionen hat sich als Tatsache nicht verändert, sie funktioniert jetzt allerdings wesentlich subtiler über die konsensuale Einbeziehung der vormaligen Elemente der Zivilgesellschaft (beispielsweise von NGOs oder intermediären Organisationen in der Stadtplanung).

Vielmehr ist die Auslagerung von ehemaligen Aufgaben des „lokalen Staates“ und die damit verbundene Privatisierung von öffentlichen Gütern als Entdemokratisierung zu betrachten. In der Tat haben sich die privaten Sicherheitsdienstleister oder etwa auch die als public-private partnerships organisierten Stadtentwicklungsunternehmen nicht der Öffentlichkeit und dem Gebot der „Transparenz“ zu stellen. Von demokratischer Kontrolle kann keine Rede sein. Der „lokale Staat“ zieht sich dabei allerdings nur auf den ersten Blick zurück, denn er bleibt der entscheidende Akteur in der Kooperation mit seinen neuen privaten Akteuren in der Stadt. Obgleich es so scheint, dass durch vielfältige Privatisierungsstrategien das staatliche Gewaltmonopol (vor allem im Sicherheitsbereich) ausgehöhlt wird, erfolgen staatlich initiierte Re-Regulierungen mit dem Ziel, den „erweiterten Staat“ zu stabilisieren. Im Sinne dieser Machtsicherungsstrategien ist der seit etwa fünfzehn Jahren initiierte und inszenierte (Verun-)Sicherheitsdiskurs zu sehen. Darin geht es auch nicht um die Analyse und Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität in den Städten, sondern um die Möglichkeit, Kontrollmechanismen im Namen der Unrechtsbekämpfung auszuweiten (etwa im Zusammenhang mit dem teilweisen Verbot von Demonstrationen in New York; vgl. Marcuse 2003). Demokratiepoltische Errungenschaften werden in diesem Zusammenhang leicht übergangen. „Vielmehr bestimmen politisch perzipierte Kontrollerfordernisse, die durch wachsende Spannungen zwischen sozialen, ökonomischen, ethnischen Gruppen in der Stadt entstehen, die Wahl der sicherheitspolitischen Maßnahmen. Kriminalitätskontrolle ist folglich ein Mittel, um Unzufriedenheit und Widerstand zu unterdrücken“ (Nissen 2003: 11).

4 AUFRÜSTUNG UND IDEOLOGISIERUNG: DER „KONSTRUIERTE“ SICHERHEITSDISKURS

Die Furcht vor organisierter Kriminalität, Aggression und Gewalt und der Kriminalitätsentwicklung steht in Ost und West noch vor der Arbeitslosigkeit und der Sorge um den Umweltschutz an erster Stelle der Problemlisten – Tendenz steigend (vgl. Reuband 1996). Die Ursache hierfür ist jedoch nicht eine zunehmende Kriminalität – die ist eher rückläufig (Ruth 1999) –, sondern die Beunruhigung ist auch und großenteils das Ergebnis der Bemühungen der Instanzen, die die Innere Sicherheit erhalten sollen. Angestiegen ist nämlich nicht die Rate der personalen Kriminalitätsfurcht (das sich selbst Bedroht-Fühlen), sondern die der sozialen Kriminalitätsfurcht (das Gefühl, dass die Gesellschaft als Ganze bedroht sei) hat beträchtlich zugenommen (Reuband 1996). „Die ‚Verbrechensfurcht‘ ist nach den Kampagnen der 90er Jahre angestiegen, nicht vorher“ (Cremer-Schäfer 1999: 13).

Die Bedeutung der Konjunktur des Begriffes „Innere Sicherheit“ vermittelt sich insbesondere dann, wenn man erkennt, dass es sich hierbei um eine sozial konstruierte Selbstbeschreibung in der Gesellschaft handelt. „Man kann die verschiedenen Formen ‚abweichenden Verhaltens‘ als Ausdruck illegitimer gesellschaftlicher Machtverhältnisse begreifen, sie auf einen Zerfall ethisch-religiöser Wertorientierungen zurückführen, oder sie eben als Ausdruck der Gefährdung der Inneren Sicherheit interpretieren. In jedem Fall wird durch die unterschiedlichen Diagnosen eine andere ‚Therapie‘ nahegelegt“ (Kreissl 1998: 155). Der Begriff Innere

Sicherheit thematisiert und fokussiert „ein eher diffuses Unbehagen. Er bezeichnet entgegen der durch die Wortwahl nahegelegten Bedeutung, einen Zustand der Unsicherheit“ (Kreisss 1998: 157).

Ruth (1998) sieht drei Institutionen, die maßgeblich den Diskurs über die „Produktion der Inneren Sicherheit“ bestimmen:

„Zur ersten Gruppe der Starregisseure der Inszenierung ‚Innere Sicherheit‘ zählen die Regierenden“ (Ruth 1998: 13). Insbesondere in der Vorbereitung der Asyldebatte in der BRD wurden Ausländer wiederholt als bedrohlich dargestellt, die „das Boot ist voll-These“ auch von gemäßigeren Politikern bemüht und die Angst vor der „Überfremdung“ geschürt. Gerade das Feld der „Inneren Sicherheit“ bietet in der Auseinandersetzung der Parteien die Chance zur populistischen Dramatisierung. Durch diesen institutionalisierten Rassismus fühlen sich soziale Gruppen legitimiert, ihrerseits ausländerfeindlich zu reagieren.

Zur zweiten Gruppe zählen nach Peters (1998: 15) die „etablierten Massenmedien“, die trotz der Abnahme der Gewaltkriminalität in sehr viel umfangreicherer Weise über Gewaltereignisse berichten. Hohe Einschaltquoten und steigende Auflagenzahlen bestätigen die Eigentümer und Chefredakteure in ihrem Vorgehen. So stehen sie einerseits den Politikern zur Verfügung, wenn jene „unnachsichtige Härte“ fordern (gegen vorher diskriminierte Randgruppen der Ausländer, Jugendlichen, Drogenkonsumenten etc.). Gleichzeitig verfolgen sie ein eigenständiges Interesse, den Fremden als „Feind“ (der Inneren Sicherheit, des Wohlergehens, des Wohlstandes) anzusehen.

Cremer-Schäfer (1999: 13) fügt mit den „SprecherInnen der Polizei“ eine dritte Gruppe an, die von ihr im Rahmen „dieses ideologischen Diskurses“ als „primäre DefiniererInnen von Bedrohungslagen und gesellschaftlichen Strukturdefekten“ angesehen werden. Insbesondere werde „durch Reden über ‚Kriminalität‘ und über ‚Gewalt‘ verhandelt und bestimmt, welche gesellschaftlichen Gruppen Probleme machen, wie darauf reagiert werden kann und welche Grenzen von Integration und Ausschließung gelten“.

So mancher Kommunalpolitiker neigt also dazu, aus parteipolitischen Gründen das Sicherheitsthema zu forcieren und auf spezifische soziale Gruppen zu beziehen. „Die eine – wie der Stuttgarter Oberbürgermeister Schuster begründen Ideen von der ‚Modellstadt für mehr Sicherheit‘. Thomas Schäuble, Innenminister von Baden-Württemberg, sucht nach Möglichkeiten, die der Polizei künftig ein ‚schärferes Durchgreifen gegen Bettler und Punker‘ erlauben. Mittlerweile weitverbreitetes Vorbild ist das amerikanische ‚community policing‘ (frei übersetzt: Nachbarschaftspolizei), was in der Praxis die vollständige Verpolizeilichung des öffentlichen Raumes bedeutet...“ (Simon 2001: 23). Die Asyldebatte in der BRD wurde etwa auch mit der forcierten Angst vor Drogenhandel und -konsum verbunden, die Öffnung Mittel- und Osteuropas wurde von einer zunehmenden Angst vor organisierter Kriminalität („Russen-Mafia“) oder Eigentumsdelikten (gegenüber den Polen und Rumänen) begleitet. Die dritte „Feindgruppe“ sind Arme, Bettler und Obdachlose, bei denen der Unterschied zwischen Präsenz im öffentlichen Raum, aggressivem Betteln und Diebstahl kaum noch gemacht wird. Der Sicherheitsdiskurs ist im Zusammenhang mit der Suche nach neuen Identitätsbildern zu sehen, wobei immer mehr innere und äußere Feinde erzeugt werden (Mafia, Asylanten, Bettler). „Deutlich ist nur, dass kriminelle Bedrohungen medial und politisch systematisch produziert, aufgebaut und eingesetzt werden“ (Hirsch 1996: 158).

Das gesteigerte und seitens der Politik suggerierte Sicherheitsbedürfnis trifft dabei auf ein wirkliches Bedürfnis nach Sicherheit und Identität für den Bürger in der postmodernen, unübersichtlichen und schnelllebigen Zeit und auf das wahre Bedürfnis des in die Krise geratenen Staates nach neuer Legitimität. Gleichzeitig ist momentan ein sinkendes Toleranzniveau gegenüber sozialen Randgruppen zu beobachten, was - alles zusammen - die Grundlage für eine florierende Sicherheitsindustrie darstellt. Allerdings ist auf folgendes hinzuweisen: „Die urbane Sicherheitsdebatte wird ganz wesentlich von einem Phänomen dominiert, das als ‚subjektives Sicherheitsgefühl‘ oder ‚Kriminalitätsangst‘ umschrieben wird. Es handelt sich dabei um ein hybrides Konstrukt, welches von polizeilich ausgewiesenen Kriminalitätsentwicklung deutlich zu trennen ist“ (Beste 2000: 31).

Sicherheit wird in diesen neuen privaten Sicherheitsunternehmungen, die rund um die Dienstleistungsbereiche entstehen – einem der am stärksten wachsenden Dienstleistungssektoren in Berlin – als Ware behandelt, die in einer freiheitlichen Gesellschaft von jedem gekauft werden kann (Nogala 1998). Vor allem hier können auch ‚public-private-partnerships‘ zum Tragen kommen, die den Handlungsspielraum des „lokalen Staates“ wieder erweitern sollen. So arbeiten etwa die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) mit dem privaten Sicherheitsdienst IHS zusammen, die dann gemeinsam die Sicherung ihrer Räume besorgen sollen. Auch die Deutsche Bahn AG wird im Zuge ihrer Privatisierung zu einem Verkäufer von Innenstadträumen und zu einem zentralen Akteur in der Sicherheitspolitik.

Die sich entwickelnde Sicherheitsindustrie ist ein gutes Beispiel einer Dienstleistungsökonomie, die sich im Wesentlichen auf schlecht bezahlte Jobs stützt und zumeist prekäre Arbeitsverhältnisse anbietet und damit soziale Polarisierung forciert.

Die „Nachfrage“ nach Sicherheit als Ware ist - aufgrund der oben beschriebenen Entwicklungen - enorm gestiegen. Die Sicherheitsbranche erfuhr dadurch ein schnelles Wachstum, was sich etwa in der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen dokumentieren lässt: „Seit 1980 hat sich die offizielle Beschäftigtenzahl bis heute allein für die alten Bundesländer knapp verdreifacht (von ca. 30.000 im Jahre 1980 auf geschätzte 81.500 in 1998; Quelle BDWS)“ (Nogala 1998: 136).

Strukturelle Kennzeichen dieser Branche sind:

- Niedrige Qualifikation der Angestellten, die sich weniger aus den Bereichen der Polizei oder etwa der Bundeswehr rekrutieren, sondern aus den Bereichen Handwerk und Bau (Langzeitarbeitslose und sog. „gescheiterte Existenzen“ sind hier verstärkt vorzufinden).
- Aufgrund des enormen Kostendrucks, der durch eine scharfe Konkurrenzsituation entstanden ist, werden Sicherheitsvorschriften vernachlässigt.
- Sicherheitsunternehmungen bieten zumeist mehrere Dienstleistungen an (wie etwa auch Gebäudereinigung, Hostessenservice etc.).

- Die Angestellten werden nur mäßig ausgebildet und sind damit in der Ausübung ihrer Tätigkeiten ständig überfordert. Das liegt auch daran, dass es keine spezielle sicherheitsgewerbliche Ausbildung gibt und eine entsprechende Ausbildung den Unternehmern zu teuer kommt.
- Insgesamt kann von sehr schlechten Arbeitsbedingungen ausgegangen werden. Die Angestellten werden schlecht bezahlt; außerdem werden sie in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwängt, damit sie flexibel und auftragsbezogen verwendet werden können.
- Es gibt Tendenzen in Richtung Marktkonzentration, Subunternehmertum und Zeit- und Leiharbeitsfirmen (Beste 1998).
- Hauptauftraggeber sind Kommunen, das produzierende und das Dienstleistungsgewerbe.

Diese privaten Sicherheitsdienstleister scheinen das Bild der öffentlichen Räume bald gänzlich zu kontrollieren. Damit erledigen sie staatliche Aufgaben der Herstellung von Sicherheit und Ordnung. „Bereits 5% aller Beschäftigten sind in öffentlichen Räumen tätig, andere Quellen sprechen von über 13%. Es liegt im ökonomischen Interesse der Branche, öffentlichen zu privaten Raum zu definieren, ihn also dem Hausrecht zugänglich zu machen“ (Eick 1998: 103). Diese Sicherheitsdienste nehmen Einfluss auf die Definition von Sicherheitsproblemen und entsprechenden Problemgruppen und nehmen an Besprechungen von in der Verwaltung angesiedelten Gremien zum Thema Sicherheitspolitik teil, was aus demokratiepolitischer Sicht bedenklich erscheint.

5 DIE “TRANSFORMATION” ÖFFENTLICHER RÄUME

Im Zusammenhang mit den bereits erwähnten sozialen und ökonomischen Restrukturierungsprozessen in Städten und den “inszenierten” Sicherheitsdiskursen können folgende Aspekte der Transformation öffentlicher Räume festgehalten werden:

Öffentliche Räume werden zu privatrechtlich sanktionierbaren Enklaven des gehobenen Konsums, deren Nutzung durch eine an Militärdiktation erinnernde Rhetorik (Vertreibung, Säuberung, Sicherung) und durch Verhaltensgebote ausgefochten wird. Der ungestörte Konsum muss gesichert bleiben, da dieser als eine wichtige ökonomische und normative Grundlage für den “lokalen Staat” angesehen wird. Beispielhaft sind Shopping Malls als “postmoderne Konsumräume” mit ihren festungsartigen Strukturen, die in deutschen Städten immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die schnelle Entwicklung der “Überwachungsinstrumente” wie Kameras, Monitore, Lichtschranken oder Bewegungsmelder ermöglicht eine immer subtilere Kontrolle des öffentlichen Raumes (Weichert 1998). Genau an diesen “Marktplätzen” verschwindet die Unterscheidung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, da hier der Marktplatz – ursprünglich Ort des Meinungsaustausches und der politischen Repräsentation – als privatisierter Raum erscheint. Die alte Vorstellung eines öffentlichen Platzes, welcher der Treffpunkt vieler sozialer Gruppen darstellen und dem Austausch von Meinungen als Forum dienen soll, wird durch den Schritt in die Privatisierung erstens durch die Herstellung und zweitens durch die Kontrolle dieses Raumes unmöglich (Feldtkeller 1994).

Die Kontrolle dieser öffentlichen Konsumräume dient dem Gefühl der persönlichen Sicherheit. Hier wird Sicherheit gegenüber “bedrohlichen Elementen” der Gesellschaft gefordert. Nicht ökonomische Umstrukturierungen und damit einhergehende verschärfte soziale Polarisierungen werden für das gestiegene “Unsicherheitsgefühl” verantwortlich gemacht, sondern die Marginalisierten selbst. Der in uns allen vorhandene latente Rassismus, der sich aus der Angst vor dem Fremden und Unkontrollierbaren nährt, findet über diesen Weg ein entsprechendes Ventil. Die jeweilige Gesellschaft muss Wege finden, diese Ängste zu kanalisieren. Diese Funktion wurde früher durch die Kontroll- und Überwachungsinstanz “Staat” wahrgenommen: „Nationale Gesellschaften haben immer auf Fremde und Armut entweder in Form von Bedrohung und Ausgrenzung oder eines Abfederns der Einkommensunterschiede (Almosen, Obdach, Sozialhilfe) oder durch beides zugleich reagiert“ (Dangschat 1997: 6). Im umstrukturierten Staat erfolgt dies heute stärker über Netzwerke und Kooperationen („Sicherheitspartnerschaften“); es entsteht ein neuer Steuerungsstil in Bezug auf die Regulierung von sozialen Verhalten in öffentlichen Räumen (vgl. Schubert 2000).

Im Rahmen der Sicherung öffentlicher Räume geht es auch um die Sicherheit des privaten Eigentums. Dafür wird eine “Politik der Lebensstile” betrieben, die es ermöglicht, über die Verfügbarmachung eines öffentlichen Raumes Distinktionsgewinne für die Personen zu erzielen, die sich einen “luxuriösen” Lebensstil leisten können. Innerhalb des städtischen Raumes dienen dann diese öffentlichen Räume den Zielen, „... die eigene soziale Position abzusichern oder auszubauen und die ‚Hegemonie über die Köpfe‘“ (Dangschat 1995) zu gewinnen. Der öffentliche Raum kann nur von denen beherrscht werden, die Kapital besitzen und damit auch die Möglichkeit haben, andere von diesem Raum physisch und damit auch sozial auszugrenzen. Um dies zu bewerkstelligen, bedienen sie sich einer bestimmten Rhetorik, rechtlichen Bestimmungen (Verbote) und einer entsprechenden Ästhetisierung (Architektur), deren Codes unmissverständlich die “Kapitallosen”⁸⁰ exkludieren. „Tatsächlich setzen bestimmte Räume, allen voran die am meisten abgeschotteten und erlauchtesten, nicht nur ein bestimmtes Niveau ökonomischen und kulturellen Kapitals voraus, sondern erfordern auch soziales Kapital. Sie verleihen soziales und symbolisches Kapital durch den ihnen eigenen ‚Club-Effekt‘, basierend auf der dauerhaften Ansammlung (in schicken Wohnvierteln oder in Luxusresidenzen) von Personen und Dingen, denen es gemein ist, nicht gemein zu sein“ (Bourdieu 1997: 166). Die Umfunktionierung von Innenstädten zu Konsumzonen und die Privatisierung öffentlicher Räume, die rigiden Sicherheitskontrollen ausgesetzt sind, dient dazu, das an solchen Orten zusammenkommende ökonomische, soziale, kulturelle und symbolische Kapital der Menschen zu maximieren.

Im Zusammenhang mit der Kontrolle öffentlicher Räume geht es vor allem um die Definitionsmacht von Raum und die Hegemonie im Raum, die soziale Ausschließung mit sich bringen muss. „Denn es geht ja nicht um nur um die Platitüde, dass Reiche ihre Sicherheit bezahlen können, und Arme nicht. Vielmehr geht es in erster Linie um die Verfügungsgewalt über öffentliche Räume und damit um die Strukturplanung und Stadtpolitik in einem ganz unmittelbaren Sinn“ (Beste & Braun 1995: 61).

⁸⁰ Damit ist im bourdieuschen Sinne nicht nur der Mangel an Geld gemeint, sondern auch an Artikulationsfähigkeit, Definitions- und Durchsetzungsmacht, sowie eine geringe Kompetenz im Spiel der konsumorientierten Lebensstile.

6 FAZIT

Die Hegemonie im und über den Raum wird von den bereits erwähnten Wachstumskoalitionen getragen, wobei sich die Wirkungsweise der Macht qualitativ verändert hat. Bis in die 70er Jahre hinein, war das Machtzentrum klar zu verorten: Der "lokale Staat" dominierte Entscheidungen über den öffentlichen Raum. Jetzt, bewirkt durch die vielfältigeren und differenzierteren Machtkoalitionen, wird es schwieriger, einen zentralen Akteur auszumachen. Diese neue "Raum-Macht" manifestiert sich auch nicht mehr in großen und klaren Planungen, die Räume für bestimmte Funktionen zurecht schneidet und damit eine Form von Raumkontrolle erringt. Vielmehr erscheint das Planen fragmentierter und schwieriger und die Wirkungsweise der Kontrollinstrumente erscheint auch auf den ersten Blick subtiler und weniger sichtbar (Videokameras, Architektur). Macht, die in den öffentlichen Raum wirkt, versteckt sich in den Strukturen und bekommt einen unpersönlichen Charakter. Dies sind Phänomene der Macht, die Michel Foucault im Zusammenhang mit dem "Benthamschen Panopticum" (Foucault 1977) als absolutes Kontroll- und Disziplinierungsgebäude schon beschrieben hat.

Diese Prozessen sind Teil einer Veränderung der hegemonialen Struktur in Folge der Überwindung des krisenhaften Fordismus. Sie ist gegenwärtig in nahezu allen Großstädten der Welt - variiert durch lokale ökonomische, kulturelle und soziale Faktoren - zu beobachten. Neu für europäische Städte ist, dass ein wesentlicher Bestandteil der "Integrationsmaschine Stadt" - der freie Zugang zum öffentlichen Raum, der die Urbanität der europäischen Stadt ausmacht - aus sehr einseitigen und kurzfristigen Interessen preisgegeben wird. Namens einer "neuen Urbanität" werden zentrale Teilgebiete von Städten architektonisch und stadtplanerisch umgestaltet. Ausgrenzungen über Ästhetik, Funktionalität, Eigentumsrecht, Sicherheitstechnik und die Art der Ausübung staatlichen Gewaltmonopols durch die Polizei oder dessen Übertragung an private Firmen sorgen für eine Trennung der Lebensräume in der modernen Großstadt ("aus den Augen, aus dem Sinn"). Urbanität löst sich infolgedessen in eine Reihe von fragmentierten Territorien auf, wobei die einzelnen Fragmente voneinander festungsartig, wie abgeschirmte Zitadellen (vgl. Christopherson 1994) ausgeprägt werden.

Die Räume der Verlierer der Umstrukturierungen werden hingegen mit spezifischen 'empowerment'-Programmen bedacht - was bisweilen offen "Bekämpfung sozialer Brennpunkte" (was eine "Feuerwehrpolitik" legitimiert) oder euphemistischer "Maßnahmen in Gebieten mit besonderem Erneuerungsbedarf" genannt wird. Hier werden neue Strategien der Sozialpolitik und Sozialarbeit sowie der Stadterneuerung territorial zusammengeführt, zumindest, um die Lebensbedingungen "vor Ort" für die im Arbeitsmarkt ausgegrenzten und/oder wegen ihres fehlenden kulturellen Kapitals Diskriminierten zu verbessern (Alisch & Dangschat 1998). Dass auch dieses Bestandteil einer neuen Regulationsweise ist, mit der die soziale Bewegungen und Akteure des kritischen und linken Flügels mittels Arbeit in intermediären Organisationen oder in Formen neuer Zivilgesellschaft in eine Strategie der Herstellung und Sicherung des sozialen Friedens eingebunden werden sollen, ist offensichtlich (Alisch 1998). Armutsbekämpfung dient in der Regel nicht den Armen - die Entwicklung in den USA machen das sehr deutlich -, sondern sie dient der Beruhigung der Bürgerlichkeit, die sich den Genuss des Wohlstandszuwachses nicht trüben lassen möchte. Armut wird jedoch als Voraussetzung und Folge von Wettbewerbsfähigkeit und von Wachstumsraten produziert - sie ist nicht peinliche oder überraschende Begleiterscheinung der gegenwärtigen Umstrukturierung (vgl. Dangschat 1999).

Deshalb gehört auch die Schuldzuweisung gegenüber denen, die am meisten unter den Umstrukturierungen zu leiden haben, sowie eine breit angelegte Ideologisierung von Individualisierung und Privatisierung zum Programm des nationalen und "lokalen" Staates. Die Beschreibung der Marginalisierten als "Gefahrenherd" ("sozialer Brennpunkt") schafft die Legitimation auch für die vom Abstieg bedrohten Kleinbürger, Sondergesetze und Verordnungen sowie neue Formen der Zuständigkeiten zu erlassen, und dennoch nicht die demokratische Legitimation zu verlieren. Schließlich haben die Kommunalpolitiker, so lange es Stadtteile gibt, in denen die bauliche und infrastrukturelle Versorgung ebenso am unteren Rand der Hierarchie liegt, wie die soziale Stellung der Bewohner, die in kommunalen Parlamenten kaum repräsentiert sind (weil die Bürger kein Wahlrecht haben, dieser Art von Demokratie nicht vertrauen oder eine Partei wählen, die keinen Einfluss auf die Kommunalpolitik nehmen kann), leichtes Spiel, soziale Ausgrenzung gerade über die Territorialität zu inszenieren.

Eine anzustrebende Lösung des Problems ist, die Zunahme sozialer Ungleichheit zu beenden Respektive sie zurückzuführen, zumal sich jede Form sozialer Ungleichheit auch im Raum niederschlägt. Auch wenn man von einem weitgehenden Konsens bezüglich dieser Aussage ausgehen kann, bedeutet dies noch lange nicht, dass es auch erreicht werden kann oder gar soll. Erstens fehlt es an eindeutigen und widerspruchsfreien politischen Zielsetzungen. So wird Armut und Ausgrenzung als Bestandteil der Wettbewerbsorientierung von Stadtregionen, von Firmen, Interessensverbänden und sozialen Gruppen systematisch, wenn auch nicht immer absichtsvoll erzeugt. Dennoch wird immer deutlicher, dass Armut auf lokaler Ebene kaum zu verhindern ist, weil die Arbeitsmarktentwicklung, die Sozialpolitik und die demographischen Strukturen sich weitgehend der kommunalen Steuerung entziehen. Die Verantwortung liegt demgegenüber eher im Umgang mit sozialen Gruppen, die an den Rand gedrängt werden. Hier gilt es, andere Strategien und Verhaltensweisen als bisher zu verfolgen. Neue Verhandlungs- und Kooperationssysteme, die immer mehr städtische Akteure involvieren, müssen hierarchische und zentralisierte Muster staatlichen Vorgehens ersetzen.

Für die Stadt gilt es zu bedenken, dass "sozialer Frieden" ein erfolgsversprechender Standortfaktor sein kann, in den es sich lohnt, zu investieren. Insofern ist es notwendig, neben der Schaffung von strahlenden Konsumräumen, auch soziale Stadtentwicklung zu betreiben, die sich an den Bedürfnissen der Bewohnerschaft und deren Beteiligung orientiert. Die Stadt muss dabei jenen zur Seite stehen, die nicht über das notwendige Kapital verfügen, um in der Auseinandersetzung um die Aneignung öffentlicher Räume bestehen zu können. Vor allem der Stadtplanung kommt vermehrt die Aufgabe zu, sich nicht zu sehr von kurzfristigen Kapitalinteressen leiten zu lassen, sondern gleichzeitig städtische Teilräume für unterschiedliche soziale Gruppen offen zu lassen. Denn gerade die Vielfalt an Nutzungen von öffentlichen Räumen durch verschiedene soziale Gruppen entspricht einem Ideal von Urbanität, das auf Heterogenität, Lebendigkeit, Offenheit und Integration setzt. Seitens der Stadt gilt es, dem "ausschließenden" Sicherheitsdiskurs ein Ende zu setzen und statt dessen Initiativen zu fördern und Potentiale zu finden, die ein friedliches Leben "nebeneinander" und "miteinander" ermöglichen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Alisch, Monika 1998: Stadtteilmanagement – Zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel, in: dies.. Stadtteilmanagement – Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen.
- Alisch, Monika & Dangschat, Jens S. 1998: Armut und Soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen.
- Amin, Ash (Hrsg.) 1994: Post-Fordism. A Reader. Oxford.
- Benz, Arthur (Hrsg.) 2004: Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden.
- Beste, Hubert 1995: Policing the Poor. In: Gusy, Christoph (Hrsg.): Privatisierung von Staatsaufgaben. Kriterien-Grenzen-Folgen. Baden-Baden.
- Beste, Hubert 2000: Morphologie der Macht. Urbane Sicherheit und die Profitorientierung sozialer Kontrolle. Opladen.
- Braun, Stefan & Beste, Hubert 1995: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? In: PROKLA, 55/1995.
- Bourdieu, Pierre 1997: Das Elend der Welt. Konstanz.
- Butterwegge, Christoph; Hickel, Rudolf und Ptak, Ralf (Hrsg.) 1998: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Berlin.
- Castells, Manuel 1978: City, Class and Power. London.
- Christopherson, Susan 1994: The Fortress City: Privatized Spaces, Consumer, Citizenship. In: Amin, Ash (Hrsg.): Postfordism. A Reader. Cambridge/ Oxford: 409-427.
- Cremer-Schäfer, Helga 1999: Kopflösigkeit. Über einige Funktionen und Folgen des Redens über Kriminalität und Unsicherheit. In: Forum Wissenschaft, 2/1999.
- Dangschat, Jens S. 1995: Raum als Dimension sozialer Ungleichheit und Ort als Bühne der Lebensstilisierung? - Zum Raumbezug sozialer Ungleichheit und von Lebensstilen. In: Schwenk, Otto G. (Hrsg.): Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft. Opladen: 99-135
- Dangschat, Jens S. 1997: Aktion saubere Innenstadt – eine bundesweite Kampagne. In: Wohnbund Informationen, 3/1997: 4-5.
- Dangschat, Jens S. 1999: Modernisierte Stadt – Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung, Opladen.
- Davis, Mike 1995: City of Quartz. Berlin.
- Demirovic, Alexander 1992: Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster.
- Diemer, Alfons 1999: Modellversuch in "Innerer Sicherheit". Festivalisierung des Stadtraums und innere Aufrüstung in Hannover zur EXPO 2000. In: Forum Wissenschaft, 2/1999: 29-33.
- Eick, Volker 1998: Neue Sicherheitsstrukturen im neuen Berlin. ‚Warehousing‘ öffentlichen Raumes und staatlicher Gewalt. In: PROKLA, 110/1998: 95-118.
- Feldtkeller, Andreas 1994: Die zweckentfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raums. Frankfurt am Main/ New York.
- Foucault, Michel 1977: Überwachen und Strafen. Frankfurt am Main.
- Hamedinger, Alexander 1999: Stadtentwicklungspolitik – das ‚Unternehmen Wien‘? In: Kurswechsel, 2/1999: 92-102.
- Harvey, David 1990: The Condition of Postmodernity. Cambridge/ Oxford.
- Häußermann, Hartmut & Siebel, Walter 1987: Neue Urbanität. Frankfurt am Main.
- Heinelt, Hubert & Mayer, Margit 1997: Modernisierung der Kommunalpolitik. Opladen.
- Heinrich, Svenja 1998: Power to the People oder Befriedigungsstrategie? Städtische Armutsbekämpfung in den USA am Beispiel von Urban Empowerment Zones. unveröffentl. Diplomarbeit, Hamburg.
- Hirsch, Joachim 1996: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/ Amsterdam.
- Jessop, Bob 1994: Postfordism and the State. In: Amin, Ash (Hrsg.): Postfordism. A Reader. Cambridge/Oxford.
- Keil, Roger & Ronneberger, Klaus 1995: Außer Atem – Frankfurt nach der Postmoderne: In: Hitz, Hansruedi; Lehrer, Ute Angelika; Ronneberger, Klaus; Schmid, Christian und Wolff, Richard (Hrsg.): Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich. Zürich: 284-353.
- Krätke, Stefan 1990: Städte im Umbruch. Städtische Hierarchien und Raumgefüge im Prozess gesellschaftlicher Restrukturierung. In: Borst, Renate u.a. (Hrsg.): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Berlin: 7-38.
- Krätke, Stefan 1995: Stadt-Raum-Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel und Boston.
- Kreissl, Reinhard 1998: Die Konjunktur innerer Sicherheit und die Transformation der gesellschaftlichen Semantik. In: Hitzler, Roland und Peters, Helge (Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse. Opladen.
- Lehne, Werner 1998: Kommunale Kriminalprävention. Die Reorganisation des Politikfeldes ‚Innere Sicherheit‘. In: Hitzler, Roland & Peters, Helge (Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse. Opladen: 115-126.
- Lipietz, Alain 1998: Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Berlin/Hamburg.
- Marcuse, Peter 1997: Spatial Policy as Social Policy. Mimeo.
- Marcuse, Peter 2003: Die Manipulation der Kriminalitätsangst. Anti-Terrorismus als Verlagerung der Unsicherheit nach dem 11. September. In: Nissen, Sylke (Hrsg.): Kriminalität und Sicherheitspolitik. Analysen aus London, Paris, Berlin und New York. Opladen: 89-102.
- Mayer, Margit 1996: Postfordistische Stadtpolitik. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 40, Heft 1-2: 20-27.
- Nissen, Sylke (Hrsg.) 2003: Kriminalität und Sicherheitspolitik. Analysen aus London, Paris, Berlin und New York. Opladen.
- Nogala, Detlev 1998: Sicherheit verkaufen. Selbstdarstellung und marktstrategische Positionierung kommerzieller ‚Sicherheitsproduzenten‘. In: Hitzler, Roland und Peters, Helge (Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse. Opladen.
- Noller, Peter 1999: Globalisierung, Stadträume und Lebensstile. Kulturelle und lokale Repräsentationen des globalen Raumes. Opladen.
- Peters, Helge (Hrsg.) 2000: Soziale Kontrolle. Opladen.
- Pierre, Jon (Hrsg.) 2000: Debating Governance. Oxford.
- Reuband, Karl-Heinz 1994: Steigende Kriminalitätsfurcht – Mythos oder Wirklichkeit? In: Gewerkschaftliche Monatshefte 45, 4/1994: 214-220.
- Reuband, Karl-Heinz 1996: Gesellschaftlicher Wandel, Kriminalität und Kriminalitätsfurcht. In: Neue Praxis, 6/1996: 479-504.
- Ruth, Ina 1999: Medien und Straftaten. Über die mediale Verknüpfung von Einwanderung und Kriminalität in Deutschland. In: Forum Wissenschaft, 2/1999: 22-24.
- Schubert, Herbert 2000: Städtischer Raum und Verhalten. Opladen.
- Simon, Titus 2001: Wem gehört der öffentliche Raum? Zum Umgang mit Armen und Randgruppen in Deutschlands Städten. Opladen.
- Smith, Neil 1996: The New Urban Frontier. London/ New York.
- Wacquant, Loic J.D. 1997: Vom wohlthätigen Staat zum strafenden Staat. Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika. In: Leviathan 1/1997.
- Wehrheim, Jan 1999: Von der Urban Underclass zu Zero Tolerance. Über Armut und Polizei in US-amerikanischen Städten. In: Forum Wissenschaft, Heft 2, 1999.
- Weichert, Thilo 1998: Audio- und Videoüberwachung im öffentlichen Raum. In: Vorgänge, 37 Jg. 4/1998.
- Zukin, Sharon 1995: The Cultures of Cities. Cambridge/ Oxford.